



Aufbruch Bern

Programm für ein wirtschaftsfreundliches Bern (2019–2022)

Bern, im August 2018

Sämtliche Ausführungen gelten in besonderem Masse für die Stadt Bern, aber auch für die Region Bern.

 **HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN
DES KANTONS BERN**
Sektion Bern

**KMU
Stadt Bern**
Gewerbeverband

BERN⁺
CITY

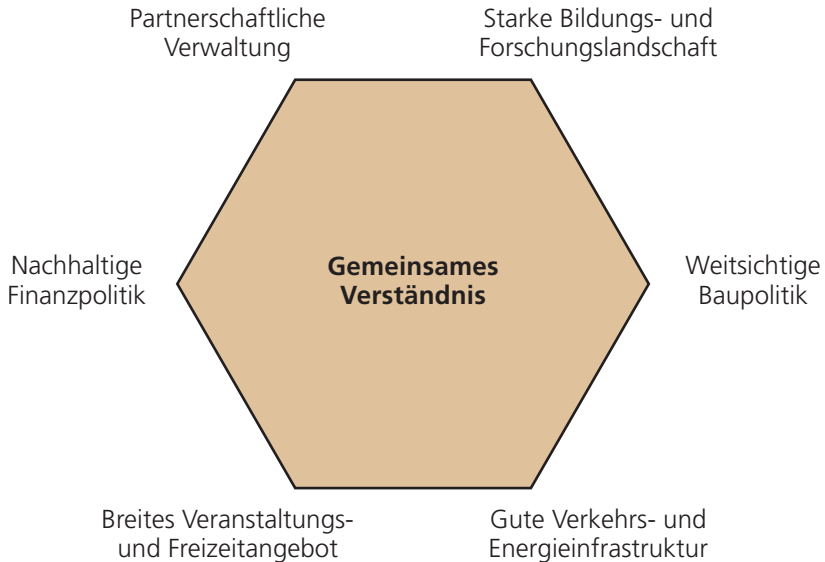
DIE BERNER ARBEITGEBER.

**HEV** Bern und Umgebung

Einleitung

Die Stadt und Region Bern (kurz: Bern) soll in den kommenden Jahren ihre Wirtschaftskraft deutlich stärken. Die Voraussetzungen hierfür sind gegeben, es braucht aber ein Umdenken in Politik und Verwaltung. Insbesondere:

1. Ein klares Bekenntnis der Politik, dass wirtschaftliche Prosperität eine Führungsaufgabe ist. Für ein unternehmer- und innovationsfreundliches Klima sind nicht einzelne Amtsstellen, sondern die Regierung in ihrer Gesamtheit zuständig.
2. Ein gemeinsames Verständnis zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung. Hierzu gehören nachfolgende sechs Themenfelder:



Die Stärken Berns

- Basis: 143 000 Einwohner und 185 000 Arbeitsplätze.
- Bedeutendes Einzugsgebiet: 350 000 Einwohner im Grossraum Bern mit über 260 000 Personen, welche täglich den Bahnhof Bern durchqueren.
- Unternehmen: Viele erfolgreiche KMU, einige wichtige Grossbetriebe.
- Kunden: Viele kaufkräftige, neugierige und berntreue Kunden.
- Bundesstadt: Nationale, kantonale und städtische Verwaltung inkl. staatsnahe Betriebe.
- Verkehrsanbindung: Gute und schnelle Verkehrsverbindungen in die ganze Schweiz.
- Bildung und Forschung: Berufsschulen, Universität und Fachhochschule mit international angesehenem Profil, solide Grundausbildung.
- Mehrsprachigkeit: Brückenfunktion insbesondere zwischen der Deutschschweiz und der Romandie.

Partnerschaftliche Verwaltung

Bern soll als Partnerin der Wirtschaft das Unternehmertum und innovative Geschäftskonzepte fördern. Hierzu gehört insbesondere auch die Unterlassung eigener, privatwirtschaftlicher Tätigkeiten. Gelangen innovative Unternehmen und Bürger mit ihren Anliegen an die Verwaltung, ist partnerschaftlich nach Lösungen zu suchen. Im Gegezug werden Regelbruch und Verweigerung konsequent geahndet.

Hierzu gehört:

- Eine Beschränkung des öffentlichen Handelns auf Aufgaben, welche Private nicht selber bewältigen können und welche das öffentliche Interesse erfordert (vgl. Art. 22, Gemeindeordnung der Stadt Bern).
- Ein partnerschaftliches Verhalten der Verwaltung. Mit Privaten wird auf Augenhöhe verhandelt, für ihre Anfragen bestehen klare Verantwortlichkeiten und Antwortfristen.
- Ein Anspruch von Politik und Verwaltung, sich ständig zu verbessern. Die regelmässige Überprüfung von Vorschriften, Verfahren und Gebühren ist selbstverständlich.
- Ein zeitgemässes E-Government. Unternehmen und Bürger können ihre Anliegen zunehmend digital einbringen.

- Eine zeitgemässe Personalpolitik. Talente werden gefördert und Mindestanforderungen durchgesetzt. Die Anstellungsbedingungen sind vergleichbar mit privaten Unternehmen, die Stadt Bern strebt keine Vorreiterrolle an.
- Eine gut koordinierte Standortpromotion. Die verschiedenen Akteure von Kanton und Region Bern stimmen sich entsprechend ab.
- Ein klares Bekenntnis zum Rechtsstaat. Bestehende Bestimmungen werden durchgesetzt und Sachbeschädigungen sowie Hausbesetzungen unter keinem Titel toleriert. Grundrechte (z.B. Eigentumsgarantie, Wirtschaftsfreiheit) werden nur in absolut zwingenden Fällen und in minimalem Rahmen eingeschränkt.





Starke Bildungs- und Forschungslandschaft

Bern soll genügend Fach- und Forschungskräfte für die ortsansässigen Unternehmen ausbilden. Neben Universität und Fachhochschule müssen deshalb auch Gymnasien, Berufsschulen und die Volksschule hochwertige Ausbildungsangebote bereitstellen.

Hierzu gehört:

- Ein klares Bekenntnis zum Grundsatz «Fordern und Fördern» auf allen Bildungsstufen. Kinder- und Jugendliche sind mit Blick auf ihre künftigen Herausforderungen anschlussfähig, sei es für eine Lehre oder die nächste Ausbildung.
- Ein einheitliches, über die Gemeindegrenzen hinweg kompatibles Volksschulmodell.
- Eine hohe Gewichtung der Berufswahl auf Sekundarstufe I. Die Jugendlichen setzen sich vermehrt mit ihren Weiterbildungsmöglichkeiten auseinander.
- Eine hohe Gewichtung der Sprach- und MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) auf Sekundarstufe I.
- Ein klares Konzept, wie Menschen mit begrenzter Leistungsfähigkeit zusammen mit der Wirtschaft in Arbeitswelt und Gesellschaft integriert werden.
- Ein klares Bekenntnis zu Berufsschulen, Gymnasien, Fachhochschulen und Universitäten, auch wenn diese unter kantonale Zuständigkeit fallen.
- Eine aktive Förderung des Forschungsstandorts Bern.
- Eine Gleichbehandlung von öffentlichen und privaten Bildungsanbietern, insbesondere auch im Bereich Kindertagesstätten.

Weitsichtige Baupolitik

Bern soll seine Raumplanungs- und Baupolitik vermehrt auf die Bedürfnisse von Anwohnern und Gewerbe ausrichten. Eine Reduktion der bisherigen Auflagen und Mechanismen zur Umverteilung führt zu günstigeren Preisen sowohl beim Wohn- als auch Arbeitsraum.

Hierzu gehört:

- Ein genügendes Angebot an Raum für den Erhalt sowie die Ansiedlung von Gewerbebetrieben. Dies insbesondere für den Infrastrukturausbau- und unterhalt sowie die Versorgung Berns.
 - Eine konsequente innere Verdichtung inkl. Nutzung innovativer Baukonzepte (Hochhäuser, Überdachung Autobahnen etc.).
 - Eine rasche Aktivierung der bestehenden Baulandreserven sowie eine Reduktion der planerischen Einschränkungen zu Gunsten klarer Rahmenbedingungen.
- Eine Reduktion der bisherigen Auflagen im Bauwesen (z.B. betreffend Energieeffizienz) und eine pragmatische Ausgestaltung bestehender Abgaben (z.B. Mehrwertabgabe).
 - Eine spürbare Reduktion des staatlichen Interventionismus. Die öffentliche Hand muss weder einzelne Investoren privilegieren noch selber Wohnungen bauen.



Gute Verkehrs- und Energieinfrastruktur

Bern soll dank einem gezielten Infrastrukturausbau für alle Verkehrsteilnehmer, dazu gehören der öffentliche und private Verkehr sowie der Wirtschaftsverkehr, attraktiver werden. Berns Energiepolitik soll die Wahlfreiheit des Konsumenten und die preisgünstige Versorgung ins Zentrum stellen.

Hierzu gehört:

- Eine gleichwertige Priorisierung aller Verkehrsteilnehmer im regionalen Gesamtverkehrskonzept. Dem vermehrten Bedürfnis nach kombinierter Mobilität wird Rechnung getragen.
- Eine gezielte Kapazitätssteigerung bei den lokalen Hauptachsen für alle Verkehrsteilnehmer. Für den privaten Verkehr sowie den Wirtschaftsverkehr stehen – in der Innenstadt unterirdische – Parkmöglichkeiten zur Verfügung.
- Ein gezielter Ausbau der Autobahnkapazität als verkehrstechnische Entlastung der Quartiere. Die Südumfahrung wird, allenfalls als zweispurige Hochleistungsstrasse, rasch realisiert.
- Eine klare Absage an jegliche verkehrstechnischen Lenkungsabgaben im Alleingang (z.B. Road- oder Mobilitypricing).
- Eine gute verkehrstechnische Erschließung der Innenstadt für alle Verkehrsteilnehmer. Der Bahnhofplatz behält seine Funktion als wichtige Drehscheibe und Nord-Süd-Verbindung für alle Verkehrsteilnehmer.
- Ein verbesserter, ungehinderter, einfacher und verständlicher Zugang für den Wirtschaftsverkehr, insbesondere in der Berner Innenstadt.
- Eine Aufwertung des Flughafens Bern-Belp als wichtiger Bestandteil einer attraktiven, internationalen Verkehrserschließung Berns, insbesondere durch eine direkte Anbindung an den Bahnhof Bern.
- Ein Ausbau des Car-Terminals Neufeld.
- Ein klares Bekenntnis zur Wahlfreiheit von Unternehmen und Bürgern sowohl betreffend Energieträger als auch Energieversorger.
- Ein Verzicht auf energiepolitische Zwangsmassnahmen (z.B. Anschlusspflicht, Lenkungsabgabe). Fördermassnahmen werden nur ergriffen, wenn sie zweckmässig und wirtschaftlich sind.
- Ein klares Bekenntnis zur preisgünstigen Energieversorgung. Öffentliche Energieversorger verrechnen kostendeckende Preise, auf zusätzliche Abgaben an das Gemeinwesen wird verzichtet.

Breites Veranstaltungs- und Freizeitangebot

Bern soll seine Stellung als wichtiges Zentrum für Events, Kongresse und Messen mit nationaler sowie internationaler Ausstrahlung ausbauen. Weiter soll Bern im hart umkämpften Freizeittourismus seine bisherige Position festigen. Dabei wird darauf geachtet, dass ein möglichst hoher Anteil der Wertschöpfung lokal erfolgt.

Hierzu gehört:

- Eine neue Eventhalle (BEmotion Base) auf dem Messeplatz in Bern-Wankdorf.
- Eine zeitgemäss ausgebaute Sportinfrastruktur sowie ein vielfältiges Kulturangebot.
- Eine Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten. Das lokale Gewerbe soll – analog zum Bahnhof Bern – seine Öffnungszeiten weitestgehend selber bestimmen.
- Eine zeitgemässe Reduktion der Vorschriften für Ladengeschäfte, Restaurants, Hotels, Bar- und Clubbetriebe (z.B. betreffend Aussenraumgestaltung).
- Eine zeitgemässe Reduktion der Vorschriften für Veranstalter von Events, Kongressen und Messen (z.B. betreffend einzureichender Konzepte).
- Eine zurückhaltende und gleichzeitig integrierende Regulierung von neuen Geschäftsmodellen im Freizeit- und Tourismusbereich (z.B. Aribnb, Car-Sharing).
- Ein pragmatischer Schutz der Innenstadt als UNESCO-Weltkulturerbe unter gleichzeitiger Lockerung der denkmalpflegerischen Auflagen für die restlichen Gebiete.

Nachhaltige Finanzpolitik

Bern soll sich im nationalen und internationalen Wettbewerb um Unternehmen sowie Einwohner besser positionieren. Es braucht eine verlässliche, disziplinierte und nachhaltige Finanzpolitik, welche sich dem nationalen und internationalen Steuerwettbewerb stellt. Ausgaben und Investitionen sind auf das Notwendige zu beschränken, die Steuern für Unternehmen und Bevölkerung so hoch wie unbedingt nötig anzusetzen. Letzten Endes sind Steuereinnahmen kein Selbstverständnis, sondern ein wichtiger Beitrag der Leistungsträger an die Gesellschaft.

Hierzu gehört:

- Ein haushälterischer Umgang mit den verfügbaren Finanzmitteln.
- Eine wahrnehmbare Senkung der Steuerbelastung.
- Eine Reduktion oder Aufhebung unnötiger Gebühren (z.B. Reduktion Gebühren für Bewilligungen, Aufhebung Grundgebühr Regenwasser).
- Ein Verzicht auf neue Gebühren (z.B. Litteringgebühr, Zweitwohnungsgebühr, Tourismusförderabgabe).
- Eine regelmässige Überprüfung der städtischen Leistungen auf ihre Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit hin. Damit verbunden: regelmässige Benchmarks mit anderen Gemeinwesen.
- Eine Zurückhaltung bei Begehrlichkeiten nach neuen Aufgaben und Leistungen sowie kein unnötiger Ausbau der Zentralverwaltung.
- Ein klares Bekenntnis zu Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit bei staatlichen Investitionen.
- Ein Verzicht auf Neuverschuldung und ein gezielter Abbau bestehender Schulden.



Herausgeber

Handels- und Industrieverein
des Kantons Bern, Sektion Bern
Kramgasse 2, Postfach
3001 Bern
Telefon 031 388 87 87
Fax 031 388 87 88
www.bern-cci.ch, info@bern-cci.ch

Gewerbeverband KMU Stadt Bern
Neuengasse 20, Postfach
3001 Bern
Telefon 031 310 11 11
Fax 031 310 11 22
www.kmustadtbern.ch
info@kmustadtbern.ch

BERNCITY
Amthausgasse 4
3001 Bern
Telefon 031 318 01 01
info@berncity.ch
www.berncity.ch

Verband der Arbeitgeber Region Bern
Effingerstrasse 1, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 390 25 81
Fax 031 390 25 82
www.berner-arbeitgeber.ch
info@berner-arbeitgeber.ch

Hauseigentümergebiet Bern
und Umgebung
Schwarztorstrasse 31, Postfach 338
3000 Bern 14
Telefon 031 388 58 50
Fax 031 388 58 59
www.hev-bern.ch, info@hev-bern.ch